

## *Gruppe 5*

### **Die gesunde Gesellschaft: Akteure, Handlungsfelder und Konzepte der Gesundheitsvorsorge im 20. Jahrhundert**

*Pierre Pfütsch*

Beginn: Mittwoch, 13.05.2026, 12:30-13:30 Uhr, Ort: SR +1/29090  
anschließend mittwochs, 17.06.2026, 11:00-13:30 Uhr und 01.07.2026,  
11:00-13:45 Uhr, jeweils Ort: SR +1/18040

Die Maßnahmen zu Prävention und Hygiene im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert können als erste staatliche Versuche gelten, in gesellschaftliche Prozesse wie Armut, Industrialisierung und Urbanisierung und die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren formend einzugreifen. Da Gesundheitsvorsorge gesellschaftlich eingebunden ist, ist sie auch immer politisch. Gerade Prävention bot den politischen Entscheidungsträgern in der Vergangenheit viele Möglichkeiten, eigene Vorstellungen von Gesundheit und Gesellschaft zu propagieren. Meist geschah dies unterschwellig, doch im Nationalsozialismus trat die politische Dimension von Gesundheit offen zu Tage. Die Gesundheitsfürsorge wurde rassistisch-eugenischem Denken unterworfen und sogenannte „Minderwertige“ von ihr ausgeschlossen. Die Gesundheit des Einzelnen war nur für die Gesundheit des deutschen „Volkskörpers“ von Bedeutung. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Prävention weiterhin politisch. Während die Bundesrepublik, ähnlich wie die USA oder Großbritannien, auf eine medizinisch begründete Risikovermeidung setzte, sollten in der DDR sämtliche Lebensbedingungen gesundheitsförderlich gestaltet werden.

Im Seminar soll anhand der Geschichte der Gesundheitsvorsorge das Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und öffentlichem Interesse auf dem Feld von Gesundheit und Krankheit ausgelotet werden. Thematisch geht es dabei u.a. um Fragen des Impfens, der Drogenprävention oder der gesunden Ernährung. Dabei soll die Frage diskutiert werden, inwieweit der Staat oder andere Akteure wie Mediziner/-innen, Krankenkassen, Pharmaindustrie oder auch Gesundheitsunternehmen in das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung eingreifen dürfen sollen. Darüber hinaus soll auch die Rolle der Ärzteschaft auf dem Feld der öffentlichen Gesundheit unter verschiedenen politischen Systemen herausgearbeitet werden.